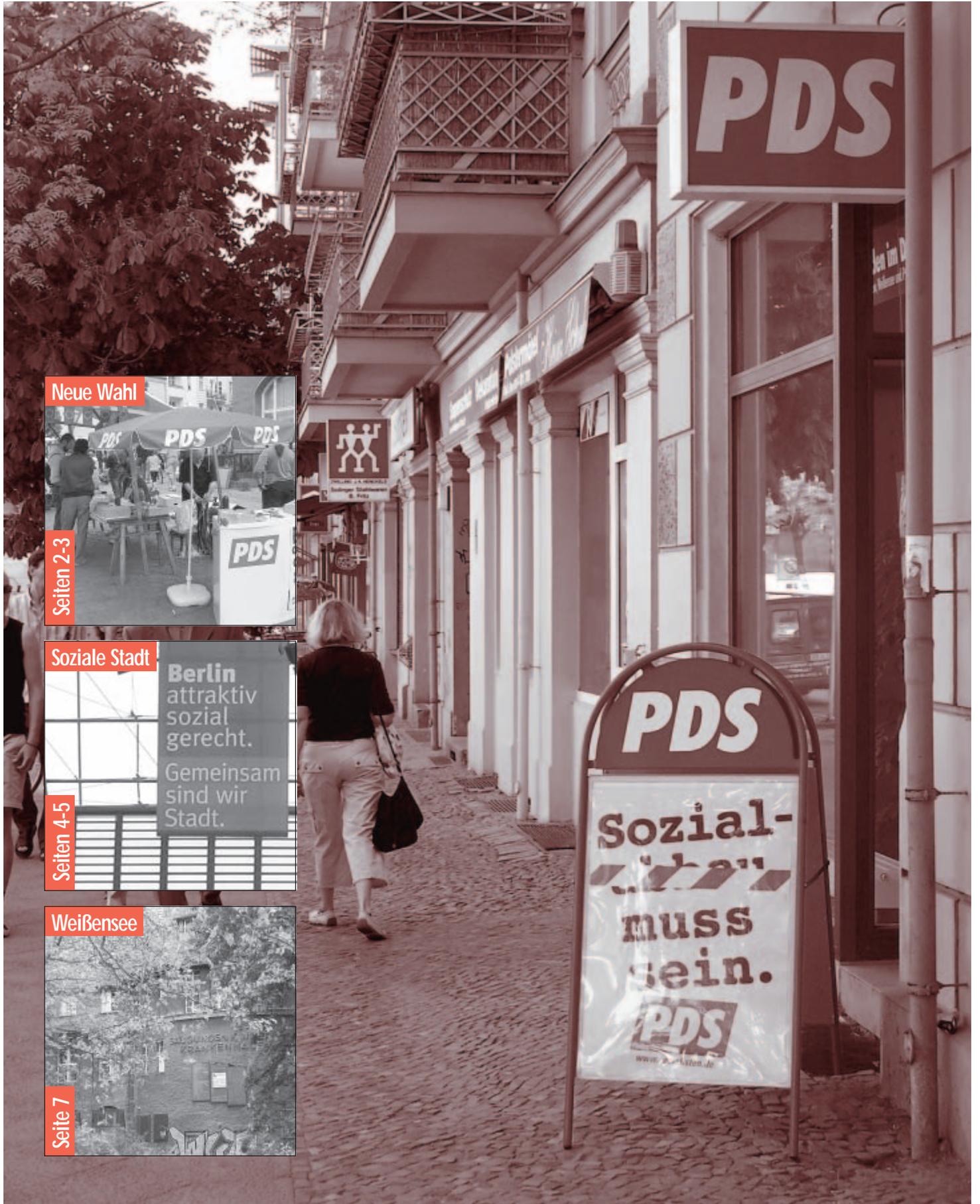


PDS

extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

Juni/Juli 2005



Neue Wahl



Seiten 2-3

Soziale Stadt



Berlin
attraktiv
sozial
gerecht.
Gemeinsam
sind wir
Stadt.

Seiten 4-5

Weißensee



Seite 7

Rot-Rot in Berlin

PDS setzt sich durch



Im Konflikt zwischen SPD-Finanzsenator Sarrazin und PDS-Sozialsenatorin Knake-Werner um die Mietübernahmen für die Arbeitslosen, die Leistungen nach Hartz IV (ALG II) bekommen, konnte sich Knake-Werner in den meisten Punkten durchsetzen.

Sarrazin wollte nicht nur Mietzuschüsse auf niedrigstem Niveau, sondern den Betroffenen auch noch die Wohnungsgröße vorschreiben. Altbauwohnungen mit hohen Betriebskosten für Arbeitslose: Das muss nicht sein, meinte Sarrazin. Zudem lehnte er es ab, weitreichende Härtefallklauseln für Behinderte, Alleinerziehende und Senioren zu akzeptieren.

Die neuen Regelungen können sich sehen lassen. Die Berliner Sozialisten haben in einer armen Stadt für die Betroffenen das herausgeholt, was ihnen in reichen Städten wie Hamburg und Köln verweigert wird. In Berlin bekommen ALG II-Empfangende bis zu ca. 100 Euro

mehr Geld und unterliegen keinen Beschränkungen beim Wohnraum. So erhalten bspw. ein Ein-Personen-Haushalt 360 Euro, ein Zwei-Personen-Haushalt 444 Euro und ein Drei-Personen-Haushalt 542 Euro.

Die besonderen Bedürfnisse von Familien mit Kindern können durch die Härtefallregelungen berücksichtigt werden. Das sind fast 75.000 Berliner Haushalte. 30.000 von ihnen sind alleinerziehend.

Knake-Werner: „Mit der nun vorgelegten Regelung wird Rechtsicherheit für die vielen Langzeitarbeitslosen und ihre Familien geschaffen. Fast 80 Prozent des Berliner Wohnungsbestandes stehen so auch weiterhin für alle Berliner zur Verfügung.“ DGB und Mieterverbände haben Knake-Werner in dem Konflikt den Rücken gestärkt. Ihr Modell zeuge von „politischer Vernunft“ und vermeide weitgehend Zwangsumzüge.

Marian Krüger

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Farbenspiele?



Manchmal wird die Befürchtung geäußert, Rot-Rot in Berlin schade der PDS. Sie unterscheidet sich immer weniger von den etablierten Parteien.

Richtig daran ist, dass die Spielräume auf kommunaler und Landesebene eng sind. Viele Entwicklungen in der Gesellschaft werden durch nationale oder europäische Entscheidungen beeinflusst. Diesen können wir hier nur sehr begrenzt begegnen.

Schlimmer: Linke Politik kämpft tendenziell gegen den Zeitgeist an, die PDS hat außerdem ihr Erbe zu tragen. Schließlich: Der einschneidende globale Wandel seit 1990 hat zu neuen politischen Bedingungen, Widersprüchen und Prozessen geführt. Er bewirkt Unsicherheiten und provoziert die Suche nach neuen Wegen. Die gesellschaftliche

Offenheit nimmt zu, aber auch die Sensibilität gegenüber eingefahrenen oder zu simplen Lösungen.

Das erschwert das politische Wirken der PDS und die oft gewünschte klare Abgrenzung und Unverwechselbarkeit.

Völlig falsch ist dabei der Gedanke, es sei egal, wer auf Landes- oder Bundesebene regiere oder im Bundestag sitze. Ein etwas genauerer Blick zum Beispiel nach Österreich, Italien oder auch nur Hessen macht klar, dass es auf allen Ebenen oft um gesellschaftspolitisch grundlegende Fragen und Sichten geht: Soll innere Aufrüstung statt öffentlicher Sicherheit herrschen? Wie wird der Umzugszwang bei Hartz IV gehandhabt? Ist der 8. Mai ein Tag der Befreiung? Gehören Unternehmen grundsätzlich in private Hände? Sind Bürgerbegehren und

Bürgerentscheide Elemente der oder eine Gefahr für die Demokratie? Hat der Staat Religionserziehung im Unterricht zu sichern? Und, wozu dient Bildung?

Hier zeigt sich, ob die soziale Dimension tatsächlich ein strategischer Anspruch an die alltägliche und konkrete Regierungspolitik ist oder nur als rhetorische Garnierung einer im Kern antisozialen Strategie dient. Genau das unterscheidet – bei allen Grenzen – Rot-Rot in Berlin von Rot-Grün im Bund und würde es noch deutlicher von Schwarz-Gelb tun. Dies ist ein Erfolg konkreter politischer Einflussnahme der PDS. Um dort wie hier noch durchsetzungsfähiger zu werden, muss die PDS wieder als Fraktion in den Bundestag!

Klaus Lederer

Stellv. PDS-Landesvorsitzender

Vorgezogene Bundestagswahlen

Die Alternative heißt PDS

Selten hat der Spruch so sehr gestimmt wie jetzt: „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Die Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen lagen kaum vor, schon läutete die SPD den nächsten Wahlkampf ein – diesmal um den Bundestag, vorzeitig. Noch am Abend des 22. Mai 2005 wollten die Medien von uns wissen: „Was hält die Berliner PDS von dieser Wendung?“ Wir haben gesagt: „Wir spekulieren nicht, wir werden kämpfen!“

Natürlich wird das nicht leicht. Die Wahlkampfstrukturen der PDS müssen aktiviert, Zeitpläne geändert, Personalfragen vorbereitet werden. Vor uns steht ein Kraftakt – angefangen von der Wahl einer Vertreterversammlung im Bezirk, die umgehend von allen Basisorganisationen vorgenommen werden muss. Das Wahlkampfaktiv ist vom Bezirksvorstand bereits einberufen worden. Für den Wahlkampf

brauchen wir jede Genossin und jeden Genossen. Und wir benötigen Spenden. Finanziell hat die Wahl unsere Bezirksorganisation „auf dem falschen Fuß erwischt“.

Trotz der gebotenen Eile: Es ist gut für das Land und auch für die PDS, dass im September ein neuer Bundestag gewählt wird. Wir können schon in diesem Jahr als Fraktion in den Bundestag zurückkehren. Wie wichtig das für uns ist, wissen alle, die der PDS nahe stehen. Aber es geht um viel mehr. Es geht um ein starkes Votum für einen Politikwechsel in Deutschland!

Bei den Europawahlen im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass wir als Friedenskraft und Partei der sozialen Gerechtigkeit von den Wählerinnen und Wählern angenommen werden. Außerdem fehlt seit 2002 die Stimme des Ostens im Bundestag. Die Folgen davon sind spätestens mit den „Hartz-Reformen“

und den entsprechenden Arbeitsmarktzahlen unübersehbar. Was nützt eine Beschleunigung der Arbeitsvermittlungen in Regionen, in denen es einfach gar keine Arbeit gibt? Hinzu kommen leere kommunalen Kassen wie in Berlin – eine Folge der Politik der Steuergeschenke der Bundesregierung an der auch Angela Merkel und Guido Westerwelle festhalten wollen.

Natürlich ist es das vorrangige Ziel der PDS, im September wieder die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Doch wir wissen auch um die Risiken dieses Ziels. Deshalb kämpfen wir in Berlin und auch in unserem Bezirk um die Erringung von Direktmandaten für die PDS. Das ist uns 1994 und 1998 gelungen. Wir werden alles daran setzen, dass wir es in diesem Jahr erneut packen!

Gernot Klemm
PDS-Bezirksvorsitzender



Rote Karte für neoliberale Politik

Rot-Grün ist am Ende. Gescheitert mit einem neoliberalen Umbau der Gesellschaft, gescheitert mit den Hartz-Gesetzen, gescheitert mit der Agenda 2010 von Kanzler Gerhard Schröder. Dauerhaft fünf Millionen Menschen ohne Arbeit, Hunderttausende in Armut, völliges Desinteresse am Osten Deutschlands und deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen sind das Ergebnis von sieben Jahren rot-grün. Neuwahlen sind ein folgerichtiger Schritt, aber was sind die Alternativen?

Schwarz-gelb unter einer Kanzlerin Angela Merkel wäre verbunden mit einem forcierten Marktradikalismus, mit einer fortschreitenden Entsolidarisierung der Gesellschaft. Es droht Klientelpolitik für Unternehmen und das reiche Drittel der Gesellschaft. In jedem Fall droht die weitere Zerstörung des sozialen Netzes in der Bundesrepublik.

Die PDS ist die einzige Partei, die diesem neoliberalen Zeitgeist von

SPD bis zur Union widersteht. Wir sagen klar: Nicht mit uns! Wir haben mit der „Agenda Sozial“ durchdachte und linke Alternativen entwickelt, die deutlich zeigen, dass es einen Gegenentwurf zur Herrschaft des Marktes gibt. Die PDS steht für eine gerechte Steuerreform, die PDS steht für eine Arbeitsmarktpolitik, die das Fördern vor das Fordern stellt. Die PDS ist die Partei, die den Osten versteht und nicht abschreibt. Die PDS ist die Partei für den Frieden. Nur mit uns - einer starken PDS im Bundestag – ist ein Wechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit möglich.

Dazu brauchen wir die Anstrengung von jeder einzelnen Genossin, jedem einzelnen Genossen. Zusammen, und nur gemeinsam, können wir es schaffen. Die GenossInnen vor Ort, in den Landesparlamenten, den Kommunen sind das Pfund mit dem wir wuchern müssen und können. Wir sind die gesamtdeutsche



sozialistische Alternative – wir gehören in den Bundestag.

Rolf Kutzmutz
PDS-Bundesgeschäftsführer

Herausforderung Hartz IV

Armut in Pankow



Unser Bezirk mit seinen 345.000 Einwohnern wird in den nächsten Jahren einen weiteren Zuzug von jungen Familien und Singles erfahren.

Pankow ist im demographischen Umbruch. Die SozialpolitikerInnen der PDS Fraktion in der BVV stellen seit langem einen strukturellen Wandel im Bezirkes fest. Neu-Bürger unseres Bezirks haben ein sehr unterschiedliches soziales Niveau. Bei weitem nicht alle gehören zu den Besserverdienenden. Sozialräumlich differenziert betrachtet konzentrieren, überlagern und verstärken sich soziale Probleme auch in unserem Bezirk. Auch in Pankow gibt es Kieze mit hoher Arbeitslosigkeit, Gebiete in denen sich So-

zialhilfeempfänger und Familien mit Niedrigeinkommen konzentrieren. Es gibt Kinder- und Altersarmut, 1.000 gemeldete wohnungslose Personen und Haushalte, mehr als 22.000 Bedarfsgemeinschaften, die von ALG II leben. Der Anstieg des Anteils von Alleinerziehende auf Berlin weit höchste 56,1 Prozent, sprechen eine deutliche Sprache. Pankow ist somit kein Bezirk der Reichen und Yuppies.

Aufgrund der sozialen Probleme in Pankow setzen wir uns als PDS-Fraktion mit Konsequenz und Kontinuität beispielsweise dafür ein, dass es einen Zuwachs an bezahlbaren seniorengerechten Wohnungen gibt, dass Seniorenbegegnungsstätten, Schuldnerberatung, Suppenkü-

chen, Kleiderkammern, Kältehilfe, Krisendienste, Notübernachtungen als existentielle Basisangebote erhalten bleiben. Da die Situation der sozial Schwachen durch Hartz IV noch verschärft worden ist und die Einkommen der betroffenen Familien gesunken sind, besteht hier der größte politische Handlungsbedarf.

Den Einsatz der finanziellen Mittel wollen wir dort konzentrieren, wo die Not und der Bedarf am größten ist. Deshalb fordern wir das Bezirksamt auf, sozialraumbezogene Handlungskonzepte zu entwickeln, die kombiniert sein müssen mit Maßnahmen der kommunalen Beschäftigungspolitik.

Eveline Lämmer
Bezirksverordnete

Selbstbehauptung

Die Selbsthilfeperspektive wurzelt in der zentralen Erfahrung der denkwürdigen Erwerbslosenbewegung des Jahres 1998: Wir sind allein. Egal, ob wir viele oder wenige sind: Niemand will unsere Anliegen auch nur anhören, geschweige denn vertreten.



Zur Verlassenheit kam seit Hartz IV die Not und die Entrechtung hinzu. Die Perspektive ‚Unterkunft‘ verheißt nichts Gutes und das Bareinkommen des ALG II reicht vielleicht für ein karges, nicht aber für ein auskömmliches und schon gar nicht für ein menschenwürdiges Leben. Folge ist, wir haben keine

Wahl. Wir müssen hinzuverdienen, und wir müssen unsere Bürgerrechte verteidigen.

In dieser Situation wird das alte Politik-Ritual unwirksam: Erwerbslose besprechen ihre Ausgrenzung, formulieren ihre Forderungen und verkünden sie mittels Veranstaltungen, Konferenzen und Demos. Die Forderungen aber werden vom Winde verweht, da außer der Polizei niemand zuhört.

Mein Problem aber bleibt, denn nach der Aktion bin ich so arm wie vor der Aktion. Unsere Selbsthilfegruppe der GeringverdienerInnen und Erwerbslosen in Pankow-Spitze – derzeit 25 bis 30 Leute – geht andersherum ans Werk. Wir organisieren uns kiezbezogen um lebenserhaltende Aktivitäten herum. Man packt das an, was den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.

Neun solcher Neigungsgruppen sind im Aufbau: Beratung, Gegen-

seitige Hilfe, Selbstversorgung (Gartenbau/Tauschen-Schenken), Unterkunft und Wohnung, Gemeinwohlarbeit, HelpMeService, Gesundheit und Schönheit und Kunst, Kiez-Inobhutnahme und Koordination. Alles in allem wollen wir möglichst Gemeinwohlarbeit in Eigenregie machen, die von der Gesellschaft möglichst fair bezahlt wird: Geben und Nehmen.

Unser Dasein hängt wie kein anderes unmittelbar an einer Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert. Wir sind auf Hilfe zur Selbsthilfe angewiesen und ohne Sachwalter des Gemeinwohls sind wir verloren. Zwangsläufig stehen wir im Streit mit den Mächten, die Staat und Wohlfahrt zu reinen Dienstleistungen für Kapitalakkumulationsprozesse umbauen wollen. Selbsthilfe wird so auf neue Weise höchst politisch. Ihre Mitarbeit ist willkommen.

Wolfgang Ratzel

Wer bei der Selbsthilfegruppe der GeringverdienerInnen und Erwerbslosen in Pankow-Spitze mitmachen möchte: Tel. 030 / 42857090; e-mail: selbstbehauptung@arcor.de.

Landesparteitag der PDS Berlin

Strategien für eine soziale Stadt

Die Berliner PDS hat sich als erste Partei in der Hauptstadt mit dem Thema „Soziale Stadt“ beschäftigt und über den sehr umfangreichen Leitanspruch des Landesvorstands „Strategien für eine soziale und solidarische Stadt“ beraten.

In ihrem Eingangsreferat stellte Senatorin Heidi Knaake-Werner sehr eindrucksvoll Grenzen, Möglichkeiten und Erfolge des politischen Agierens der PDS in Landesverantwortung für „eine soziale und solidarische Stadtgesellschaft“ dar. Schwerpunkte waren dabei zum Beispiel die Stärkung von Demokratie und Teilhabe, u.a. durch Etablierung eines flächendeckenden Stadteilmanagements als Alternative zum Quartiersmanagement sowie transparente und gerechte Finanzzuweisungen für die Bezirke.

Im Ergebnis der sehr ausführlichen und konstruktiven Debatte, in der Schwierigkeiten aber auch ein Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten dargelegt wurden, wurde unter Einbeziehung von 23 Änderungsanträgen die Schwerpunktsetzung der PDS in Berlin beschlossen. Mit dem Beschluss sind Aufgaben und Aufträge im Besonderen für die Mandatsträger der PDS formuliert, die

nun umgesetzt werden müssen. In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurde sehr kontrovers und auch emotional über das Abstimmungsverhalten der PDS im Senat zur EU-Verfassung diskutiert.

Chancen und Risiken der EU-Verfassung wurden gegeneinander gestellt. Ein Antrag, der das „Nein“ der SenatorInnen forderte, und ein Antrag des Landesvorstandes, der zwar die „Nichtzustimmung im Senat“, aber den Verzicht auf die Infragestellung der Koalition vorsah, wurden alternativ abgestimmt. Die sehr unterschiedlichen Auffas-

sungen wurden im knappen Abstimmungsergebnis von 52 zu 49 für den Antrag des Landesverbandes deutlich.

Als Parteitage delegierte, die dem Antrag des Landesvorstands zugestimmt hat, halte ich es für dringend erforderlich, dass dem Beschluss des Bundesparteitags entsprochen wird und die Debatte in der PDS über dieses Vertragswerk auch nach einer möglichen Ratifizierung der Verfassung für Europa noch zu führen ist.

Delia Hinz

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Herausforderung nach Hartz IV

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Rot-Rot. Bilanz & Perspektive“ hatte die PDS zu einer Diskussion mit dem Thema „Wie sozial bleibt Berlin?“ auf den Pfefferberg eingeladen. Die Besucher erlebten ein interessantes, in Teilen kontroverses Gespräch zwischen der Sozial- und Gesundheitssenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) und Gabriele Gillen, WDR-Journalistin und Autorin der Publikation von „Hartz IV: Eine Abrechnung“.

Sowohl die PDS-Senatorin als auch die Journalistin sind konsequente Gegnerinnen von Hartz IV. Gabriele Gillen lehnt Hartz IV ab, weil das Gesetz auf die Abschaf-

fung von Bürgerrechten zielt, Arbeitslose kriminalisiert und die sozialen Konflikte weiter zuspitzt. Die PDS, so ihr Vorwurf, leistet beim Mitregieren auf Landesebene einen Beitrag zur Durchsetzung von Hartz IV.

Die PDS-Senatorin bekennt sich zu der für sie persönlich und die Partei schmerzlichen Situation. Heidi Knake-Werner verweist aber auf Erfahrungen und Beispiele, wo es ihr, auch in Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner, gelungen ist, sozial verträgliche Lösungen für Betroffene zu erreichen. Die PDS-Politikerin hat für ihre Arbeit Kritik bekommen, erfährt jedoch

für ihr Engagement, ihre Konsequenz und ihren bürgernahen Politikstil zunehmend Anerkennung. In Berlin, einer Stadt mit hohen Schulden, rigoroser Sparpolitik, wachsender Armut und steigendem Konfliktpotential, über soziale Perspektiven und Visionen zu streiten, mag abenteuerlich erscheinen.

Die PDS hat auf ihrem 9. Landesparteitag in Berlin mit den „Strategien für eine soziale und solidarische Stadtgesellschaft“ jedoch Alternativen dargelegt, auf die die Sozialsenatorin zu Recht verweisen konnte.

Renate Tepper



Straßenausbaubeitragsgesetz

PDS fordert Veränderungen



Der von der Senatsverwaltung erarbeitete Entwurf eines Straßenausbaubeitragsgesetzes hat in unserem Bezirk bei den Betroffenen viel Aufregung hervorgerufen. Mit einem solchen Gesetz, das in den meisten anderen Bundesländern bereits existiert, will das Land Berlin seinen Aufwand teilweise decken. Zukünftig sollen Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte und Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts zwischen 25 und 75 Prozent der Kosten für den Straßenausbau tragen, bspw. für den Bau von Geh- und Radwegen oder die Straßenbeleuchtung.

Die PDS-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) forderte nach eingehender Diskussion wesentliche Veränderungen an dem vorliegenden Entwurf.

In einem von der BVV mit großer Mehrheit angenommenen PDS-

Antrag wurde das Bezirksamt aufgefordert, im Rat der Bürgermeister folgende Forderungen zu stellen.

Erstens: Bauprogramme für Straßenausbaumaßnahmen, die eine Beitragspflicht der Anlieger auslösen, sind erst nach realer Mitwirkung der Anlieger durch die BVV zu beschließen. Dazu muss das Bezirksverwaltungsgesetz entsprechend geändert werden.

Zweitens: Vor Einführung des neuen Gesetzes müssen durch den Senat die Vorschriften über die Berliner Straßenausbaustandards mit dem Ziel geändert werden, von Mindeststandards auszugehen, die sich am Erfordernis für Funktions- und Leistungsfähigkeit der jeweiligen Straße orientieren. Luxusstandards mit hohen Kosten oder nicht erforderliche Bauten darf es nicht geben.

Drittens: Wenn eine Straße durch unterlassene Instandhaltung erneuert werden muss, darf das nicht zu Lasten der Anlieger erfolgen. Das gleiche gilt für die Erweiterung von Anlieger- und Erschließungsstraßen, die durch Erfordernisse ausgelöst wird, die nicht dem Anlieger- bzw. Erschließungsverkehr zuzurechnen sind.

Viertens: Durch gesetzliche Regelungen sind soziale Härten in jedem Fall zu vermeiden. Es muss einen gesicherten Anspruch auf Ratenzahlung geben.

Ähnliche Forderungen beschloss auch kürzlich der Landesparteitag der PDS. Die PDS-Mandatsträger sollen die Arbeiten am geplanten Gesetz nur dann unterstützen, wenn diese Forderungen der PDS erfüllt werden.

Erich Wetzel
Bezirksverordneter

Mauerpark statt Bauland



Jeder Nutzer des Mauerparks weiß es: Die Parkfläche ist zu klein. Für Proteste bei den Anwohnern sorgte die geplante Änderung des Flächennutzungsplanes vom vergangenen Jahr. Der Bürgerverein Gleimviertel, die Bürgerinitiative Mauerpark und viele Anwohner fordern: Der Park soll wie ursprünglich geplant auf 14 Hektar erweitert werden. Die

von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angedachten zehn Hektar Gesamtfläche sind zu wenig.

Die Kritik richtet sich auch gegen die Ausweisung der Erweiterungsfläche auf der Weddinger Seite als Bauland. Eigentümerin dieses Areals ist die Vivico GmbH, die die Aufgabe hat, ehemalige Bahnflächen zu ver-

markten. Das konkrete Interesse der Vivico ist es, möglichst schnell ein marktgängiges Baurecht für ihre Flächen zu erhalten.

Da die Anwohnerproteste gegen die „Verkrüppelung“ des Parks in den letzten Monaten zunahm, sahen sich die Senatsverwaltung und das Bezirksamt Mitte gezwungen, ein Moderationsverfahren zur

Zukunft des Mauerparks durchzuführen. Im April fand die erste Veranstaltung dazu in der Grundschule Gleimstraße statt.

Die Senatsverwaltung machte deutlich, dass Berlin aufgrund der Haushaltslage nicht an den Kauf der Bahnflächen denken kann. Allenfalls zwei Hektar können durch Flächentausch von der Vivico hinzugewonnen werden. Der Vertreter des Bürgervereins verwies auf die über 1.000 Einwendungen der Anwohner gegen dieses Vorhaben und forderte die Fertigstellung des Mauerparks in der ursprünglich geplanten Größe. Unterstützt wurde er darin vom Mitglied des Abgeordnetenhauses und Wahlkreisabgeordneten der PDS, Dr. Michail Nelken, der sich seit Jahren für den Mauerpark stark macht.

Eine Lösung des Konflikts deutete sich auf dieser Veranstaltung noch nicht an. Klärung sollen nun die Planungsworkshops erbringen.

Andreas Bossmann

Neuer Nutzer für das ehemalige Kinderkrankenhaus Weißensee

Alternative Medizin

Solar e.V. oder die MWZ Bio-Resonanz GmbH? Kultur- und Bildungszentrum in einem soziokulturell unterversorgten Gebiet im Pankower Nordosten oder alternatives Forschungszentrum mit einem offensichtlich finanzkräftigen russischen Investor?

Als die Pankower Bezirksverordneten Kenntnis von diesen beiden Interessenten um die Vergabe des Geländes des ehemaligen Kinderkrankenhauses Weißensee in der Hansastrasse erhielten, gab es nach intensiven Diskussionen in den Fraktionen und einigen Ausschusssitzungen kaum Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Wunschkandidaten.

Der Bürgermeister wurde mit klarem Votum in die alles entscheidende Runde des Steuerungsausschusses des Liegenschaftsfonds des Landes Berlin geschickt: Pro Solar e.V. und damit für selbstbestimmtes Leben und Arbeiten, Kunst, Kultur, Bildung und gene-

rationsübergreifende Projekte sollte den Zuschlag für das ehemalige Krankenhaus erhalten. Nur leider waren dem Land Berlin offensichtlich die nun fließenden Gelder für die leere Berliner Haushaltskasse wichtiger.

Trotz eindeutiger Präferenz des Bezirkes bekamen deshalb die Alternativmediziner der MWZ Bio-Resonanz GmbH den Zuschlag, finanziell konnte Solar e.V. hier nicht mithalten.

Im Liegenschaftsfonds war dann verabredet, alternative Angebote an Solar e.V. zu geben. Bis heute haben die Solarianer aber das Nachsehen. Alle durch den Liegenschaftsfonds angebotenen Objekte waren entweder zu marode, zu teuer, zu verseucht, zu klein oder einfach zu ungünstig gelegen.

Solar e.V. möchte mit seinem Kultur- und Bildungszentrum in Pankow bleiben. Dafür wird dringend die weitere Unterstützung des Bezirkes benötigt. Fehlt vielleicht dem



Liegenschaftsfonds das Feeling für ein solches Projekt?

Ines Pohl
Bezirksverordnete

Neues aus Weißensee

extraDrei sprach mit Christine Keil (PDS), Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport:

Christine, was passiert Neues in Weißensee?

Oh, ich bin als Stadträtin froh, nicht nur Schließungen sondern auch mal die Neueröffnung von Einrichtungen verkünden zu dürfen. In der Weißenseer Mahlerstraße 4/5 wird jetzt das erste reine Mädchenprojekt in Weißensee überhaupt eröffnet. „Freiraum“, so heißt das Projekt, zieht von einem kleinen Anbau in Buch nach Weißensee in hervorragende neue Räume um. Dort werden sie mit FIPP, einen freien Träger der Jugendarbeit, der bisher nur in der Picasso-Grundschule war, zusammenarbeiten. Darüber freue ich mich sehr.

Im vergangenen Jahr bekamst Du viel Kritik wegen Deiner Pläne zu

Schulzusammenlegungen. Wie ist da der Sachstand?

Das Zusammengehen der Wieland-Herzfelde-Oberschule und dem Böhling-Oberschule zum August 2006 wird weiter vorbereitet. Die Unruhe hat sich gelegt. Beide Schulen haben seit dem vergangenen Jahr schon gemeinsame siebte Klassen. Ganz besonders freut mich, dass die Eltern der beiden Schulen so gut zusammen arbeiten. Sie setzen sich für einen guten Schulstandort in Weißensee ein.

Bleiben die Standorte erhalten?

Die Filiale in der Bizetstraße wird geschlossen, aber die beiden Standorte in der Woelckpromenade und in der Pistoriusstraße bleiben selbstverständlich.

Tut sich noch etwas in der Schullandschaft?

Die Raoul-Wallenberg-Schule wird zum August 2006 aufgehoben.

Darüber hinaus werden sich die beiden Schulen für Lernbehinderte im Komponisten-Viertel sowie in der Gürtelstraße, also über ehemalige Bezirksgrenzen hinweg, zum neuen Schuljahr zusammenschließen. Diese Bewegung ging maßgeblich von den Betroffenen aus.

Wirken sich denn die sinkenden Kinderzahlen auch auf die Kitalandschaft aus?

Ja, im Bezirk müssen wir leider deshalb Überkapazitäten an Kita-Plätzen abbauen. Im Ortsteil Weißensee werden wir die Kita in der Pistoriusstraße 7 und in der Großen Seestraße schließen. Beide Gebäude sind ohnehin mit Restitutionsansprüchen belastet. Auch müssen wir die Kita in der Giersstraße 18 schließen, da im Wohngebiet leider nicht genügend Kinder nachwachsen.

Interview: Sandra Brunner



Alltag im Bezirk

In Kürze

■ **Für Drei Euro ins Theater**
Damit auch Menschen, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II oder die Grundsicherungsrente erhalten oder Asylbewerbende sind, ins Theater oder ins Konzert gehen können, gibt es jetzt das Drei-Euro-Ticket. Das hat PDS-Kultursenator Thomas Flierl mit den Einrichtungen ausgehandelt. Voraussetzung ist eine Sozialkarte, die es kostenlos bei den Jobcentern, Sozialämtern oder Grundsicherungsämtern gibt. Dann heißt es nachfragen bei einem The-

ater der eigenen Wahl, ob Drei-Euro-Tickets frei sind.

■ **Lokaler Aktionsplan**
Der Lokale Aktionsplan Pankow „Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wird in diesem Jahr weitergeführt. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS), die Pfefferwerk gGmbH sowie der Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. Die Beteiligten bekräftigen ihren Willen, die 2004 begonnene gemeinsame Arbeit fortzusetzen.

Schwerpunkte sind die interkulturelle Befähigung der Verwaltungsmitarbeiter, die öffentlichen Sicherheit in Niederschönhausen sowie der Auseinandersetzung mit Demokratie und Toleranz an Pankower Schulen.

■ **Galerie nun im Prater**
Aus der Galerie am Prater wurde nach über 30 Jahren die Galerie im

Prater. Sie hatte ihren Platz in einem Laden gegenüber dem Prater. Die Mieterhöhung des privaten Hauseigentümers war für den Bezirk nicht zu tragen. Die Mitarbeiter der bezirklichen Hochbauverwaltung schafften es, Gelder für den Umbau aufzutreiben. Sie wurden dabei von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung unterstützt.

■ **Volkssolidarität dankt**
Erfolgreich wurde die Haus- und Straßensammlung der Volkssolidarität durchgeführt. Der Bezirksausschuß der Volkssolidarität möchte auf diesem Weg allen ehrenamtlichen Helfern in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee ein herzliches Dankeschön sagen. Das gesammelte Geld sichert u.a. gemeinsame Erlebnisse wie die jährliche Fahrt mit behinderten BürgerInnen, Zuschüsse für Seniorentagesfahrten, Besuche betreuungsbedürftiger Bürger, aber auch internationale Solidarität für ein Kinderheim in Moskau.
Ortrud Georgy
Bezirksvorsitzende



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- 13. Juni
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17
- 15. Juni
17.30 Uhr 33. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Tagungssaal der BVV, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17
- 18. Juni
10 Uhr Aktivtagung der PDS Berlin zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes, im Energieforum am Ostbahnhof, Stralauer Platz
- 18./19. Juni
Weißenseer Blumenfest mit PDS-Infostand
- 20. Juni
19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

- 23. Juni
18 Uhr Hauptversammlung der PDS Berlin Drei, anschließend:
19 Uhr Konferenz zur Wahl von VertreterInnen zu einer Besonderen VertreterInnenkonferenz der PDS Berlin zur Aufstellung der KandidatInnen der PDS für den 16. Deutschen Bundestag, im Tagungssaal der BVV, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17
- 6. Juli
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee, im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24
- 18. Juli
18 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
- 3. August
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee, im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24

- 6./7. August
LandesvertreterInnenkonferenz der PDS Berlin zur Wahl von KandidatInnen der PDS zum 16. Deutschen Bundestag
- 8. August
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17
- 11. August
18 Uhr Basistag PDS Drei, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
- 15. August
19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
- 20. oder 27. August
Bundesparteitag der PDS zur Verabschiedung des Bundestagswahlprogrammes

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 31. Mai 2005
Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.